

ratio bleiben, und das sieht Klaus Kinkel genauso wie ich.

SPIEGEL: Der militärische Einsatz soll mit einer Kanzlermehrheit beschlossen werden. Können Sie sich auch auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit einlassen, wenn auf diese Weise die Zustimmung der SPD erreicht wird?

GENSCHER: Wenn es mit der Kanzlermehrheit nicht geht, ja.

SPIEGEL: Sie haben beim zehnjährigen Kanzlerjubiläum einen geheimnisvollen Satz gesagt: „In einer Koalition hat der Reißverschluß zwei Enden. Zieht einer an der einen Seite, dann tut es der andere an der anderen. Und sind es drei Koalitionspartner, dann bestraft das Leben den, der zuerst gezogen hat.“ Was will der Dichter sagen?

GENSCHER: Hände weg von der Koalitions-Sprengkapsel.

SPIEGEL: Das Rätsel bleibt.

GENSCHER: Nein, die Auflösung lautet: Wer zündelt, zum Beispiel mit dem Gedanken an eine Große Koalition, verbrennt sich die Hände.

CDU/CSU

An die Brust

CDU und CSU streiten in aller Öffentlichkeit über die Politik und um die Wähler: Die Bayern denken schon wieder an Trennung.

Kurt Biedenkopf weiß, was Bayerns Christsoziale wollen. Die Brüder und Schwestern von der CSU planen, so der CDU-Querdenker, eine „Sammlung der konservativen Gruppen und selbständiger neuer politischer Parteien außerhalb Bayerns, die möglichst auch das Wort ‚christlich‘ nicht in ihrem Namen führen“. Die Münchner zögen damit die Konsequenz aus ihrer Einschätzung, „daß in der CDU als einer integrierenden Volkspartei das Gewicht des konservativen Flügels nicht ausreichend zur Geltung komme“.

Die Analyse stammt aus dem November 1976; Biedenkopf war CDU-Gene-

ralsekretär. Nach knapp verlorener Bundestagswahl hatte Franz Josef Strauß, auf der Suche nach einer vierten Partei, in Wildbad Kreuth zusammen mit seinem Paladin Friedrich Zimmermann die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt. Das Verhältnis der beiden Schwesterparteien war auf dem Tiefpunkt.

Sechzehn Jahre später regiert Biedenkopf das Land Sachsen. Nach dem Düsseldorf CDU-Parteitag in der vorigen Woche meinte der Ministerpräsident, er könne seine damalige Rede, insgesamt eine dringende Warnung vor einem Riß durch die Union, heute nahezu unverändert noch einmal halten.

Biedenkopfs Verdacht, in der CSU würden derzeit die alten Spielchen neu aufgelegt, teilt einer, der mit dem Professor selten einer Meinung und dem das Comeback seines Intimfeindes ein Greuel ist: Helmut Kohl.

Der Bundeskanzler ließ in Düsseldorf den CDU-Vorstand auf der letzten Sitzung vor Beginn des Parteitages förm-

„Wir werden die CDU halbieren“

Die DSU – ein desolater Haufen mit hohem Anspruch

Die Deutsche Soziale Union (DSU), schwindstüchtiger Wechselbalg der bayerischen CSU, zählt kaum mehr als 8000 Mitglieder und führt nur in Sachsen und Thüringen ein nennenswertes Dasein. Bei der Bundestagswahl 1990 erzielte sie sogar in ihrem Stammland Sachsen nur kümmerliche 1,7 Prozent.

Seit ihrer Gründung in der Agonie der DDR wird die rechtskonservative Mini-Partei von personellem Führungsverleiß, Intrigen, Abspaltungen und Abwanderungen gebeutelt.

Die Parteiorganisation, sagen CSU-Kritiker, sei „ein Sauhaufen“, die Öffentlichkeitsarbeit biete kaum mehr als politisches Kauderwelsch. Der derzeitige Parteivorsitzende Reinhard Keller, Vize-Bürgermeister von Dresden, vermag seine Landesverbände nicht zu zähmen. Ohne Unterstützung aus Bayern hätten Keller und Konsorten politisch wie materiell vermutlich längst Bankrott gemacht.

Gleichwohl: Je dramatischer der Verfall der DSU, desto hartnäckiger wuchert in der Partei die fixe Vorstellung, das Siechtum durch Expansion zu überwinden. Klar, daß solche Blütenträume erst recht reifen, wenn aus München unverhofft Ermunterung kommt.

So wird in Leipzig oder Erfurt die gegen die CDU gerichtete Drohgebär-

de von Bayerns CSU-Generalsekretär Erwin Huber verstanden: Eine Ausbreitung aufs ganze Bundesgebiet, stichelte Huber, würde die DSU „im Moment überfordern“. Aber ansonsten sei „die Entwicklung immer offen“, meint der Generalsekretär frohgemut.

Die Befürworter einer Ausdehnung, voran der Sachsen-Vorsitzende Roberto

Rink und der letzte Woche unter Protest zurückgetretene Thüringer Landeschef Armin Haas, scheiterten damit zwar schon auf zwei Parteitagen; zuletzt, im Juni zu Weimar, aber wohl nur, weil sich Theo Waigel, CSU-Chef und DSU-Ehrenvorsitzender, in einer fünfständigen Redeschlacht dagegen stemmte.

Der CSU-Zögling DSU ist offenkundig unter politische Sektierer und Hasardeure geraten.

Der Leipziger Kreisvorsitzende Jürgen Müller, ein Vertriebenenfunktionär, der mit den Republikanern kungelt und auch auf Schlesien und Ostpreußen ein Auge geworfen hat, will die DSU vom „Mief der Ossi-Partei“ befreien. Sein Landeschef Rink hat es „satt, von München auf die Rolle einer Provinzpartei festgelegt zu werden“.

Die Expansionisten glauben, bundesweit eine lohnende Lücke zwischen den C-Parteien und den Rechts-



DSU-Politiker Rink: Ermunterung aus München



Unionsfreunde Schäuble, Waigel: Trick durchschaut

radikalen entdeckt zu haben. Von der CDU-Ost, einst Partner und Nutznießer in der „Allianz für Deutschland“, wollen auch gemäßigte Deutschsoziale wie Keller nichts mehr wissen. Die DSU, so sagt er, lasse „sich nicht noch einmal wie 1990 von der CDU mißbrauchen“.

Stramme Rechte wie Sachsen-Anhalts neuer DSU-Vormann Joachim Auer, der als „Durchreißer“ gepriesen wird, propagieren derweil kühn: „Wir werden die Wahlergebnisse der CDU halbieren und mitregieren.“

Allen Ernstes halten selbsternannte rechte Erneuerer in der DSU ihre Truppe für „prädestiniert, die deutsche Einheit zu vollenden“, so der Kreisvorsitzende von Zeulenroda, Günther Fröb. Auf dem Weg zu einer „großen, eigenständigen Partei“ (Rink) benutzen sie freilich erst mal, wie unter rechten Splittergruppen üblich, verschlungene Pfade.

Rink und Müller, aber auch die Thüringer Kameraden haben inzwischen im Westen einige „Freundeskreise“ rekrutiert, so in Hamburg, Gelsenkirchen und Kassel. Die Hilfstruppen sollen demnächst, wenn es nach den Erneuerern geht, auf einem Sonderparteitag der DSU in entsprechende Landesverbände umgewandelt werden.

Nebenbei basteln rechte Deutschsoziale an einer neuen Wahlplattform, der „Konservativen Allianz“, für die angeblich schon zwei Dutzend Landes- und Bundeparlamentarier aus der Union bereitstehen. Ein namentlich Genannter, der Tierarzt Rudolf Karl Krause aus Sachsen-Anhalt, knüpft

derweil Kontakte zu einem „Potsdamer Kreis“ nordostdeutscher Konservativer und zu den süddeutschen Foren des Bundestagskollegen Claus Jäger aus Eislingen, der wiederum auf Tuchfühlung zu den baden-württembergischen Republikanern bedacht ist.

Der große Hoffnungsträger der sächsischen und thüringischen Expansionsstrategen ist der parteilose Bundestagsabgeordnete Ortwin Lowack, 49, aus Bayreuth, ein CSU-Abtrünniger. Er will die DSU-Ost, Sitz Leipzig, vereinen mit der DSU-West, Sitz Bonn – eine Briefkasten-Partei, die derzeit eine Art Statthalterfunktion ausübt.

Auch Lowack möchte, falls die CSU in München weiter „Blockadepolitik“ betreibt und Teile der DSU sich fürderhin sträuben, notfalls einen neuen Verein aufmachen, die „Deutschlandpartei“. Er behauptet, dafür stünden schon 50 prominente Konservative bereit.

Vermutlich sind auch ein paar ausgewiesene Rechtsradikale darunter: Lowack war jedenfalls mit von der Partie, als sich im Juli in einem Münchner Hotel abtrünnige Republikaner und andere Interessenten über eine – wieder mal – neue Bewegung austauschten.

Aber vielleicht nehmen die Geschicke der ostdeutschen DSU, wenn die CSU sie doch endgültig fallenläßt, einen ganz anderen Verlauf. Die CDU ist, zumindest in Sachsen unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, immer noch gern bereit, geläuterte Deutschsoziale aufzunehmen. Schließlich will Biedenkopf ja die DSU als lästige Konkurrenz ausschalten.

lich darüber abstimmen, was seit Jahren gilt: daß jegliche „direkte oder indirekte“ Tätigkeit der CSU auf CDU-Territorium – gemeint war die Ausdehnung der von den Bayern gehätschelten ostdeutschen DSU in die alten Bundesländer – nur mit Zustimmung der CDU erlaubt sei; und die werde es nicht geben. Die Vorständler scharten sich einstimmig hinter Kohl.

CSU-Chef Theo Waigel reagierte entsetzt. „Mir hat der Kohl bisher kein Wort von der Geschichte erzählt. Mir ist nur bekannt, daß er mit mir über die DSU reden möchte, und dazu bin ich bereit.“

Ohnehin ist der CSU-Chef auf die CDU derzeit nicht gut zu sprechen. Seinen speziellen Zorn hat der sächsische CDU-Regierungschef Biedenkopf geweckt.

Der Dresdner Ministerpräsident hatte Mitte September bei Kohl auf fünf Seiten geklagt, Waigel nutze seine „Kombination Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzender“ zum Schaden der CDU. Durch Knauserigkeit und „falsche Angaben“ über die tatsächlichen Leistungen des Westens für den Osten bringe der Finanzminister CDU-geführte ostdeutsche Landesregierungen in die Klemme und bei den Bürgern in Mißkredit. Zugleich jage Waigel, in dem seine CSU die DSU unterstütze, der CDU Wähler ab (siehe Kasten Seite 32).

Als er von dem Brief hörte, schickte Waigel seinerseits ein Schreiben an Kohl: Die Biedenkopf-Epistel sei eine „böse Beleidigung“ und ein Anschlag auf seine Ehre.

Richtig ist: Die CSU unterstützt die inzwischen zum politischen Zwilling geschrumpfte DSU nicht aus Dankbarkeit, weil diese Partei im Jahre 1990 der „Allianz für Deutschland“ von Lothar de Maizière zum Sieg verholfen hat. „Uns geht es nicht um Barmherzigkeit“, bestätigt CSU-Vorstandsmitglied Wolfgang Gröbl, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verkehrsressort, „wir sehen in der DSU eine konservative Partei, die in den neuen Ländern jetzt und in Zukunft eine Rolle spielen wird.“

Nicht nur dort. In der CSU-Führung werden Überlegungen bestätigt, die DSU bundesweit auf Stimmenfang zu schicken. Voraussetzung: Die Republikaner fügen der CSU bei der bayerischen Landtagswahl eine schwere Niederlage zu und berauben sie ihrer Rolle als dominierende Kraft im Freistaat.

In diesem Falle, so der Münchner Geheimplan, will die CSU die Bonner Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auflösen. Die DSU soll mit bayerischer Hilfe in der gesamten Republik antreten und in Bonn mit der CSU eine Fraktionsgemeinschaft bilden. CSU/DSU könnten dann, so das Kalkül, neben Sympathisanten der Republikaner